

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags.

Preis monatlich durch die Post bezogen 200 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs-Anzeigen 600 M., Zahlstellen-Anzeigen 100 M. für die 3 gepalt. Zeilen. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postkontonr. Nr. 338 15, Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey.

Druck von C. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Erkan Klemann, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Das Verbandsjahr 1922.

2. Das Finanzwesen.

Eine geradezu revolutionäre Umgestaltung hat das Finanzwesen des Verbandes im Jahre 1922 erfahren. Bis zum Schlusse des Jahres 1921 hatten wir einen Verbandsbeitrag von 3 Mk. in der Spitze. Aber schon im Oktober desselben Jahres hat der Verbandsbeirat auf seiner Tagung der Entwicklung Rechnung getragen und beschlossen, mit Wirkung vom 1. Januar 1922 an den Beitrag auf 5 Mk. zu erhöhen. Beitrag nebst Unterstützungsfähige waren aber bereits bei ihrem Inkrafttreten überholt, und schon im Februar wieder trat der Verbandsbeirat zusammen und setzte 6 Beitragsklassen bis zur Höhe von 8 Mk. fest, die am 1. April in Geltung traten. Und abermals am 9. April tagte der Beirat, um die Unterstützungsfähige und die Beiträge zu erhöhen. Die neuen Beitragsklassen bis zu 16 Mk. wurden vom 4. Juni an eingeführt. Im Juli tagte dann der Verbandstag in Frankfurt, der bis auf 30 Mk. heraufging. Vorstand, Beirat und Ausschuss haben dann in der Folgezeit entsprechend dem Verbandstagsbeschluss (einen Stundenverdienst als Wochenbeitrag) die Beiträge und Unterstützungsfähige wiederholt neu geregelt. So wurden vom 1. Oktober an Beiträge bis zu 70 Mk. erhoben, im November bereits 200 Mk. und im Dezember schon 400 Mk. Abgesehen von einigen weniger gut geleiteten Zahlstellen haben alle entsprechend dem erwähnten Verbandstagsbeschluss ihre Pflicht erfüllt.

Dass bei solchen Wochenbeiträgen sich eine wahre Papiergeldflut in die Verbandskasse ergoß, ist erklärlich. Ungeheure Summen mit wenig innerem Wert sind eingegangen.

Da sich der Wochenbeitrag dem Stundenverdienst anpaßt, ist die Zahl der Beitragsklassen recht zahlreich geworden. Aus diesem Grunde ist es auch nicht mehr möglich, in unserem Bericht die Einnahmen aus Beiträgen für jede Beitragsklasse besonders aufzuführen. Es können lediglich die Einnahmen aus Beiträgen überhaupt summarisch pro Quartal dargestellt werden. Aus der nachfolgenden Zusammenstellung ergibt sich die enorme, jedoch ungesunde Finanzentwicklung unseres Verbandes von einem Vierteljahr zum anderen.

Einnahmen aus Beiträgen.

Art der Beiträge	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Zusammen
ordentliche nach § 13	33 740 976	62 956 256	135 433 048	668 448 975	890 578 250
Abz. § 6.	20 015	30 803	35 267	146 272	229 857
Jahresidenn.	22 260	28 704	35 390	65 704	152 054
Zusammen.	33 783 251	63 014 263	135 501 706	668 660 947	890 960 161

Vom ersten zum zweiten und wieder vom zweiten zum dritten Quartal haben sich die Einnahmen aus Beiträgen jeweils um ungefähr hundert Prozent erhöht. Im vierten Quartal dagegen haben sie sich gegen das vorhergehende Quartal mehr als vervielfacht. Die gesamten Einnahmen aus Beiträgen im ganzen Jahr belaufen sich auf 890 960 161 Mk. Wir sind also nicht sehr weit hinter einer Milliarde zurückgeblieben. Trotz dieser scheinbar gewaltigen Einnahmen müssen wir recht haushälterisch mit unserem Gelde umgehen, denn das Sprichwort „Wie gewonnen, so zerronnen“ trifft in gewisser Beziehung auch hier zu. Es soll damit gesagt sein, daß die Geldebeträge uns genau so aufgebläht verlassen, wie sie zu uns gekommen sind. Das wird sich nachher bei den Ausgabeposten zeigen.

Von den Beiträgen überhaupt fallen selbstverständlich die ordentlichen Beiträge am meisten ins Gewicht. Wegen sie verschwinden die eingegangenen Beträge nach § 13 Absatz 6 des Statuts und die Eingänge aus Invalidenmarken. Wir führen sie auch nur der Ordnung wegen gesondert an und um bei eventuellen Berechnungen die ausschlaggebenden Leistungen zur Hand zu haben. Auch das Eintrittsgeld und die sonstigen Einnahmen nehmen sich neben den profügigen ordentlichen Beiträgen recht bescheiden aus, wie die folgende Tabelle zeigt, obwohl es sich da schon um Millionen handelt.

	1918	1919	1920	1921	1922
Eintrittsgeld	163 193	501 849	297 474	452 008	1 765 824
Beiträge	5 033 038	13 244 974	31 784 791	69 417 204	390 960 161
Sonstiges	274 462	316 940	838 290	1 059 180	2 907 012
Zusammen	5 470 693	14 063 763	32 920 555	70 908 392	395 632 997

Nach im Jahre 1917 betrugen die Gesamteinnahmen nicht so viel wie 1922 die „sonstigen Einnahmen“. Aus Eintrittsgeld, Beiträgen und Sonstigem vereinnahmte damals der Verband 2 001 783 Mk., während im Be-

richtsjahr die sonstigen Einnahmen allein annähernd den Betrag von 3 Millionen Mark erreichen. Interessant macht ein Satz aus der vorjährigen Besprechung des vorstehenden Zahlenmaterials („Proletarier“ Nr. 23, 1922). Es heißt da:

„Die reinen Jahreseinnahmen — also ohne Zurechnung des vorjährigen Kassenbestandes — sind von 2 Millionen Mark im Jahre 1917 auf 71 Millionen im Jahre 1921 angewachsen. Zweifellos ein Sprung von erheblicher Weite. Im nächsten Jahre werden wir allerdings auf weit über 100 Millionen Mark Einnahmen kommen.“

Dabei konnte man selbstverständlich noch nicht entfernt ahnen, daß diese Vermutung so weit überholt werden würde, daß wir 1922 bereits an eine Milliarde heranrücken.

Wesentliche Beträge mußten 1922 für das Unterstützungswesen aufgebracht werden. Unter „Streikunterstützung“ können allerdings nur die rein als Unterstützung bei Ausständen ausgezahlten Beträge gebucht werden. Damit ist aber die Finanzierung der Lohnbewegungen nicht erschöpft. Müssen doch erhebliche Summen verausgabt werden für die fortlaufenden Verhandlungen, Sitzungen, Versammlungen, Schiedsprüche usw. Die folgende Tabelle gewährt einen Überblick über die Ausgaben für reine Unterstützungswecke:

Unterstützungen	1920	1921	1922
Streikunterstützung	4 564 378,47	15 605 991,54	67 054 578,—
Gemäßregelunterstützung	36 367,80	74 737,26	355 831,—
Krankunterstützung	2 813 688,46	5 672 646,80	25 462 910,—
Arbeitslosenunterstützung	2 759 842,70	4 166 835,65	15 832 268,—
Reiseunterstützung	13 545,10	32 070,55	189 954,—
Wohnungsgeld	33 782,55	73 188,55	508 953,—
Notlagenunterstützung	17 239,70	349 889,16	74 814,—
Strafgebühren	213 771,65	535 324,75	8 920 241,—
Rechtschutz	21 156,80	128 411,64	381 773,—
Zusammen	10 473 773,23	26 628 995,69	113 781 312,—

Die Ausgaben für Streikunterstützung sind von 15 1/2 auf 67 Millionen Mark gestiegen. Mit einer Vervielfachung dieser Summe im Jahre 1923 ist zu rechnen. Die Unternehmer fühlen sich stark, sie suchen den Kampf, sie provozieren und — spielen mit dem Feuer. Leider läßt sich die Arbeiterschaft auch sehr oft provozieren zum eigenen Nachteil. Erheblich gestiegen sind auch die Ausgaben für Krankenunterstützung und Arbeitslosenunterstützung, die letztgenannte wohl nicht nur wegen der höheren Unterstützungsfähige, sondern wegen der teilweisen Verschlechterung der Wirtschaftslage, Erhöhung der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Die Gesamtausgaben für Unterstützungswecke haben sich von 26 1/2 auf 113 1/2 Millionen Mark erhöht.

In welchem Maße die Ausgaben überhaupt gestiegen sind, ergibt sich aus der weiteren Tabelle:

	1921	1922
Für Unterstützungen aller Art	26 628 995,69	113 781 312,—
Als Anteile der Zahlstellen	12 906 763,62	252 342 813,—
Für Agitation und Verwaltung	2 806 274,81	28 301 213,—
„Frauenzeitung“, „Betriebsratzeitung“	4 740 956,95	45 467 249,—
Gehälter und Versicherungsbeiträge	1 679 884,95	18 660 023,—
Entschädigung für Sitzungen, Konferenzen, Verbandstag, Hauptgeld usw.	738 788,45	7 690 573,—
Büroanmiet- und Buchbinderarbeiten	1 153 863,20	9 141 350,—
Büroanmiet-, möbel-, materialien usw.	656 329,05	16 071 685,—
Zeitungen und Bücher	15 746,10	227 627,—
Als Rückzahlung, Zuzusch oder Darlehen an die Zahlstellen	1 380 243,70	10 414 035,—
Porto, Telefon und sonstige Ausgaben	103 394,69	332 607,—
Beiträge an den Gewerkschaftsbund	675 440,45	3 918 694,—
Sonstige Ausgaben		6 713 123,—
Zusammen insgesamt	53 486 108,97	523 641 293,—

Die Anteile der Zahlstellen sind infolge der Geldentwertung und der Erhöhung des Anteilbetrages stark gestiegen. Dafür fallen die Lokalbeiträge fort. Sehr vermehrt haben sich auch die Ausgaben für unsere Presse. Das ist aber ein Ausgabeposten, der eine Minderung nicht verträgt. Zudem haben Vergleiche mit früheren Jahren nur bedingten Wert. Bei unserer ruinösen Geldentwertung kann es gar keinen Posten geben, der nicht erhöht worden wäre. Die Gesamtausgaben haben sich denn auch verzehnfacht, während sich die Einnahmen verzehnfacht haben. Darans ergibt sich ein Überschuß, der aber den Kassenbestand lange nicht so erhöht hat, um die Geldverschlechterung wieder auszugleichen.

Stellen wir den Kassenbestand vom Jahre 1921 mit in die Einnahmen des Berichtsjahres, so ergibt sich folgende

Bilanz für das Jahr 1922:

Einnahme des Verbandes	895 632 998,90
Kassenbestand am 31. Dezember 1921	36 121 566,51
Gesamteinnahme für 1922	931 754 565,41
Davon ab die Ausgaben für 1922	523 641 292,55
Kassenbestand am 31. Dezember 1922	408 113 272,86

Der Kassenbestand ist elfmal größer als im Vorjahr, hält also die Mitte zwischen der notwendigen Vervielfachung der Einnahmen und Ausgaben. Es könnte so aussehen, als wären wir reicher geworden. Leider geht es dem Verbands wie bei einzelnen Mitglied. Je höher die Einnahmen werden, desto mehr verarmen beide. Unser Vermögensbestand betrug am Ende des Jahres 1921 nach dem damaligen Goldstande berechnet (ein Zwanzigmarkstück 1200 Mk. in Papier) 602 020 Mark. Am Schlusse des Jahres 1922 galt ein Zwanzigmarkstück 26 000 Mk. in Papier und demnach hatten wir am Ende des Berichtsjahres wohl 408 113 272,86 Mark, also elfmal mehr als im Vorjahre, aber fast nur noch halb soviel in Goldwert ausgedrückt, nämlich 313 933 Mk. Darin äußert sich der ganze Jammer des deutschen Finanzelendes überhaupt. Dementsprechend zu bewerten ist auch der

Kassenbestand pro Mitglied:

1917	1918	1919	1920	1921	1922
39,86	31,87	22,31	29,05	55,80	567,27

Unser stolzer Kassenbestand von 567 Mk. pro Mitglied galt am Jahreschlusse ganze 44 Goldpfennige, während wir im Vorjahr noch 91 Pf. aufweisen konnten. Der am Jahresende übliche Höchstbeitrag unseres Verbandes von 400 Mk. pro Woche galt also 31 Pf. 1914 hatten wir aber bereits einen Wochenbeitrag von 45 Pf. In aller Bescheidenheit wollen wir deshalb auch die Zahlen in der Schlusstabelle würdigen.

Jahr	Reise, Anteil, Arbeitslosigkeit		Streik und Maßregelung		Sonstige (Sterbefall, Unfall, Nothilfe, Rechtschutz)		Summe	
	absolut	pro Mill.	absolut	pro Mill.	absolut	pro Mill.	absolut	pro Mill.
1905	67 965	1,02	408 402	6,12	27 910	0,42	554 277	7,56
1906	322 227	2,78	750 252	6,46	35 198	0,31	1 107 677	9,57
1907	558 073	4,15	422 339	3,15	42 469	0,32	1 022 881	7,62
1908	870 851	6,39	364 216	2,68	63 864	0,47	1 298 941	9,54
1909	1 090 393	8,02	396 827	2,92	79 617	0,59	1 566 837	11,53
1910	1 081 678	8,02	934 255	5,87	98 529	0,62	2 114 471	13,29
1911	1 100 201	6,02	928 845	5,08	122 903	0,67	2 151 949	11,77
1912	1 307 822	6,33	654 999	3,16	131 008	0,64	2 093 829	10,21
1913	1 531 368	7,80	832 698	3,96	149 946	0,71	2 515 012	11,97
1914	2 169 201	12,04	668 289	3,15	537 536	2,94	3 275 326	18,17
1915	4 746 874	7,15	20 319	0,19	476 571	1,56	1 243 665	11,91
1916	633 141	7,71	645	0,01	492 173	1,59	1 225 959	13,71
1917	686 363	7,25	2 056	0,02	306 910	3,24	995 329	10,51
1918	1 054 772	7,46	5 240	0,04	428 381	2,99	1 485 013	10,38
1919	2 122 696	7,35	1 025 453	2,15	262 129	0,93	3 350 277	7,08
1920	5 587 076	8,68	4 600 746	7,15	285 951	0,44	10 473 773	16,27
1921	9 871 553	8,94	15 680 729	24,01	1 076 714	1,65	26 628 996	40,77
1922	11 485 123	57,66	67 410 409	93,70	4 885 781	6,73	113 781 312	158,15

Dieses hier gegebene Bild soll und darf uns aber nicht entmutigen. Im Gegenteil, es soll uns Wegweiser sein für unsere zukünftige Verbandstätigkeit. Der Kampf ist noch lange nicht zu Ende, also rüsten wir weiter.

Das Reparationsangebot der deutschen Industrie und die Gewerkschaften.

Das Reparationsangebot der deutschen Industrie, dessen klassenegoistischer und arbeitserföndlicher Charakter schon kurz im „Proletarier“ (Nr. 23) gekennzeichnet wurde, hat die Spitzenorganisationen der freien und Girch-Dankerschen Gewerkschaften — die Christlichen waren nicht dabei — veranlaßt, folgende Denkschrift an die Reichsregierung zu richten:

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat, basiert vom 25. Mai 1923, der Reichsregierung ein Schreiben übermittleit, in dem er erklärt, in welchem Umfange und in welcher Form er die Heranziehung der industriellen Wirtschaft als Garant für den Anleihenmarkt möglich und angängig erachtet. Als unterzeichneten Gewerkschaften sind nicht zu einer Anfertigung angefordert worden. Da es sich jedoch um eine Frage von allergrößter Bedeutung handelt für das Reich wie auch für die deutsche Arbeitnehmerschaft handelt, besonders auch für den gewerkschaftlichen Abwehrkampf an der Ruhr, sehen sich die unterzeichneten Gewerkschaften veranlaßt, ohne, Herr Reichskanzler, ihre Meinung zu unterbreiten. Wir erkennen an, daß die Stellungnahme der Industrie endlich die grundsätzliche Zustimmung zum Gedanken der Sachwert-erfassung bringt. Diese Zustimmung wird aber nahezu wirkungslos durch die außenpolitischen und innerpolitischen Voraussetzungen, die die Industrie daran knüpft. Auf die außenpolitischen Voraussetzungen vertragen wir uns aus naheliegenden Gründen gegenwärtig einzugehen. Die innerpolitischen Voraussetzungen scheinen uns das Verhältnis der Wirtschaft zum Staate völlig zu verkehren. Die Industrie verlor hier mit dem Staate als unabhängige Macht zu verhandeln und stellt Forderungen, wo es sich darum handelt, die Bürgerpflichten gegen den Staat zu er-

fallen. Die Faltung der Industrie läßt den Schluß zu, daß sie das Gesamtproblem der Reparation über den Staat hinweg von Industrie zu Industrie lösen will. Die Staatsautorität dürfte unerrätlich geschwächt werden, wenn die Reichsregierung sich auf Bedingungen des Reichsverbandes einläßt.

Die Sachverfasserung kann nur auf dem Wege der politischen Regelung verwirklicht werden. Die Regierung muß Wege und die weitestgehende Unterstützung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft finden.

Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und Verteilung, wie sie wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschte. Das heißt, es würde lediglich Profitstreben der Antriebsmotor der Wirtschaft sein und gemeinwirtschaftliches Denken vollständig erstickt werden. Es ist für uns unmöglich, aber die Preisgabe des Achtstundentages, Aufhebung aller Entlassungsbeschränkungen und anderen in dieser Richtung erhabenen Forderungen des Reichsverbandes zu verhandeln.

Das Verlangen, die Reichs- und Staatsbetriebe auf die Höhe der vollen Leistungsfähigkeit zu bringen, ist eine alte Forderung der Gewerkschaften und wird daher von uns unterstützt. Es darf aber kein Zweifel daran bestehen, daß für die unterzeichneten Spitzenverbände eine Privatisierung dieser Betriebe ausgeschlossen ist.

Aus diesem Verlangen der Industrie ergibt sich schließlich ihr Verzicht auf die bisherige Forderung, daß namentlich Reichsbahn und Post unter Aufsichtführung ihrer eigenen Rentabilität die Interessen der Privatwirtschaft berücksichtigen müssen. Auch das stellen wir fest.

Selbst bei Verwirklichung jenes Verlangens der Industrie dürfte die Erzielung der von ihr angenommenen Erträge für Reichs- und Staatsbetriebe für absehbare Zeit nicht möglich sein. Zudem geht dieser Überschätzung der Leistungsfähigkeit der Reichs- und Staatsbetriebe als Hilfsbetriebe der Wirtschaft eine anfallende Unterschätzung der Leistungsfähigkeit der gesamten privaten deutschen Wirtschaft parallel.

Das Schreiben der Industrie läßt erkennen, daß sie den Blick vornehmlich auf die Schonung der Privatwirtschaft und des Privatvermögens richtet und daß sie unberücksichtigt läßt, daß die Erhaltung dieses Besitzes von der Erhaltung des Staates und seiner Wirtschaft abhängt. Nur so erklärt sich die Haltung der Industrie, die den Einbruch erweist, als ob sie dem Reiche Bedingungen auferlegen könnte. Eine Herausforderung aber ist das Verlangen, daß Regierung und Volk sich zu derartigen Grundrissen sowie zu deren sofortiger Verwirklichung bekennen sollen.

Wir vermischen in dem Schreiben des Reichsverbandes den Willen zu ansehnlicher Steuerleistung. Er wäre um so nötiger, als die Arbeitnehmerschaft es nicht verstehen kann, daß sie bei der Besteuerung mit dem vollen Geldwerte erfaßt wird, während Industrie, Handel und Landwirtschaft infolge der Wertentwertung nach wie vor nur geringe Bruchteile der vom Gesetzgeber beabsichtigten Steuerleistung aufbringen. Wir empfinden es als unerträglich, daß die Industrie ihre wirtschaftliche Macht durch Stellung von Bedingungen bei Erfüllung von Staatsnotwendigkeiten auszunutzen sucht. Die Volkswirtschaft, die hinter den von den unterzeichneten Spitzenverbänden vertretenen Gewerkschaften stehen, erklären mit aller Deutlichkeit, daß sie von Regierung und Reichstag eine Verteilung der Reparationslasten erwarten, die vor allem die großen fundierten und unfundierten Vermögen zur Deckung heranzieht.

Wiesen Schreiben ist eine Anlage beigelegt, in der die Spitzen-Gewerkschaften im einzelnen ihre Stellungnahme zu dem Angebot der Industrie erörtern. Zunächst bezeichnen es die Gewerkschaften als geradezu unerträglich, wenn die Einnahmen aus den Staatsbetrieben einen ungeheuren Beitrag zur Abdeckung der Reparationslasten aufbringen sollen, während die Leistungsfähigkeit der ganzen deutschen Wirtschaft auf höchstens 500 Goldmarken geschätzt wird. Sodann wird darauf verwiesen, daß die grundsätzliche Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung unmöglich und eine sofortige Aufhebung der Demobilisierungsvorschriften für die gesamte deutsche Wirtschaft unerträglich ist. Im Zusammenhang wird aber die Forderungen der Industrie gefaßt:

Die Voraussetzungen besagen nichts anderes, als: Kaustischer Zwang auf die Arbeitnehmer zur vollen Einsetzung der Arbeitskraft für quantitative und qualitative Forderung der Produktion durch geschlechte Verpflegung zu mehr als achtstündiger Tagesarbeit unter ständiger unbeschränkter Entlassungsrecht der Arbeitgeber. Es bedeutet ferner die Abwälzung des dem Besitz aufzuerlegenden Teiles der Reparationslasten auf die Arbeitnehmer, die dann durch Mehrarbeit und Hunger die Verzinsung der dem Ausland geschuldeten Milliarden auszubringen hätten. Mit dem Verzicht der Durchföhrung einer solchen Forderung müßten unzählbare soziale und wirtschaftliche Kämpfe entbrennen. Denn die Gewerkschaften könnten eine solche Entrechtung der Arbeitnehmer niemals dulden!

Die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten ist schon heute ein ganz betrübliches unter den früheren Lebensstandards geworden und bewegt sich mit wenigen Ausnahmen an der Grenze der materiellen Existenz. Dieser Zustand ist untragbar und unerträglich wie auch aus augenpolitischer Gründe! Auch das Ausland hat es auf die Dauer nicht ertragen, daß im Herzen Europas ein Weltmarkt-Volk mit einer so tief stehenden Lebenshaltung seine Waren auf den Weltmarkt wirft.

Die deutschen Arbeiter müssen wieder zu einer Lebenshaltung gelangen, die mindestens dem durchschnittlichen Stande in den Industrieländern Europas entspricht. Nicht nur auf den Volkswirtschaft, sondern auch auf diesem gemeinsamen Lebensstand der deutschen Arbeiter beruhten größtenteils in der Nachkriegszeit die Exporterlöse der deutschen Industrie.

Die Arbeitnehmer sind nicht gewillt, durch Befestigung des Achtstundentages und noch weitere Herabsetzung ihrer Lebenslage die Reparationslasten zu tragen. Sie haben den Achtstundentag, ihn werden sie sich zu erhalten wissen.

Zusammenfassend erklären wir, daß in dem Schreiben des Reichsverbandes die Grundlage für die Lösung des Gesamtproblems der Reparation nicht gegeben ist.

In einer geordneten Lösung des Reparationsproblems unterstützen wir die unterzeichneten Gewerkschaften auch weiterhin als ihre Angehörige.

Sozialismus und Reaktion.

Man spricht in der letzten Zeit viel von einem Bankrott des Sozialismus und möchte die gegenwärtige Krise allzuerst durch übertriebene Geschichtsklitterungen zu einem Vorboten seines Niederganges unteren. Es ist nur allzu selbstverständlich, daß die bürgerlichen Denker mit geringer Sehnsucht der neu erspürten reaktionären Welle entgegensehen. Aber auch Sozialisten, die sich in ihren unmittelbaren Erwartungen, die sie auf die Nachkriegsrevolution gesetzt hatten, enttäuscht sehen, blicken der Zukunft mit Skepsis entgegen. Ist es zweifellos, mit jenen, deren Interessenlage ihnen den klaren Blick versperrt, zu rechten und zu kämpfen, so ist es dagegen notwendig, den vorzeitig Enttäuschten das wahre Bild der Lage zu zeichnen, um ihnen zu

zeigen, daß nichts verfehlter ist als die Bedeutung eines Abschnitts in der sozialen Entwicklung zu sein, und daß man in dieser Sinne weder die Reaktion in der Arbeiterbewegung, noch die Reaktion der Mächte, die ihr gegenwärtig schon entgegen treten und dem Sozialismus neue Stöße verleihen können, groß machen darf. Die Reaktion ist die Reaktion der Mächte, die ihr gegenwärtig schon entgegen treten und dem Sozialismus neue Stöße verleihen können. Die Reaktion ist die Reaktion der Mächte, die ihr gegenwärtig schon entgegen treten und dem Sozialismus neue Stöße verleihen können. Die Reaktion ist die Reaktion der Mächte, die ihr gegenwärtig schon entgegen treten und dem Sozialismus neue Stöße verleihen können.

Was die Gestalt der neuesten Reaktion betrifft, so unterscheidet sie sich von vergangenen Reaktionen dadurch, daß sie nicht nur von feudalo-monarchistischen Mächten gelenkt wird, sondern auch ein Mittel in der Hand der Großindustrie und des Finanzkapitals geworden ist. Aus dieser Gestalt der Reaktion folgt, daß sie nicht nur politisch, sondern im wesentlichen ökonomisch-antisozial gerichtet sein wird.

Stellt man dieser kurzen Skizze der ankommenden Reaktion ein Bild der Lage der Arbeiterbewegung entgegen, so fällt zunächst ins Auge, daß die beiden Pole der europäischen Welt gleichsam zu Ecksteinen der weiteren proletarischen Bewegung bestimmt erscheinen. Auf der einen Seite steht Rußlands Sowjetmacht, deren Methoden man am schärfsten verurteilen kann, aber als Sozialist nie vergessen darf, daß es sich hier um ein Land handelt, wo die Staatsmacht in proletarischen Händen liegt. Auf der anderen Seite steht England mit seiner gestärkten linksgerichteten Bewegung, in der die Arbeiterklasse vor der Ergreifung der Macht steht. Zwischen diesen beiden Polen, umgeben von einem reaktionären Ring, liegen die beiden Länder, in denen die Schicksalschlacht des Sozialismus sich abzuspielden hat: Deutschland und Österreich.

Man könnte der sich organisierenden Reaktion mit Angst entgegensehen, wenn, wie in den vergangenen Perioden, der Reaktion unorganisierte und zerstückelte Massen gegenüberständen. Da aber die letzten Jahrzehnte sich von den vorangehenden Epochen gerade dadurch unterscheiden, daß die Massen, berer sich die Reaktion bemächtigen will, nicht mehr undegrenzt und unorganisierte Haufen sind, sondern durch die Geschichte und durch unmittelbare Erinnerung zusammengeschweißt wurden und sich vor allem ihrer proletarischen Einheit bewußt sind — so kann es sich im schlimmsten Falle nur um zeitlich und lokal beschränkte Siege der Reaktion handeln. Es kommt aber alles darauf an, daß die ideologische Zersplitterung der Arbeiterschaft nicht überhand nimmt, daß die Erinnerung und die Lehren des Weltkrieges genügend lebendig bleiben, daß das Proletariat sich jenseits aller nationalen und dogmatischen Beschränktheit seiner Einheit bewußt bleibt. Die große Bedeutung des Hamburger Kongresses besteht gerade darin, daß auf ihm zumindest die Genossen der Londoner und Wiener Internationale zu der historischen Einsicht gelangt sind, daß der gegenwärtige Augenblick am wenigsten geeignet ist, sich über interne und dogmatische Fragen der sozialistischen Methode zu entzweien, und daß es in erster Reihe darauf ankommt, der Reaktion eine einheitliche Front der Arbeiterbewegung entgegenzustellen. Angesichts dieser ideologischen Reife (deren Bedeutung man gerade in diesem Augenblick nicht unterschätzen darf) liegt es wohl in der Richtung der weiteren Entwicklung, daß die wachsende Reaktion die vielen zunächst noch unüberwindlich erscheinenden Differenzen zwischen der nunmehr geeinigten Internationalen und der dritten verringern und soweit überwinden wird, daß ein ansehnliches Zusammenarbeiten möglich werde wird. Es wäre zu denken, daß die Reaktion die historische Funktion hat, gerade diese Einheit des Proletariats wiederherzustellen, damit dieses beim nächsten Vorstoß an Macht und Willen geeint, dem Jäh entgegenstehen kann.

Nicht nur Gottes — auch der Geschichte Mühen mahlen langsam, und es gibt eben deshalb nichts Verwerflicheres, als eine historische Bewegung nach der Lage eines Augenblicks zu beurteilen und sich von ihr zurückzuziehen zu lassen.

Siegen hohe Beiträge im Interesse der Mitglieder?

Mit dem Vorschlag der Spitzenverbände für die Markung verknüpft sind die Preissteigerungen für alle zum menschlichen Leben notwendigen Lebensmittel. Das schon während der Markungsjahre von einer Preissteigerung der Waren berichtet wurde, so ist es jetzt noch schlimmer und liegt schließlich in die Höhe; eine Scherbe um die Höhe, die ohne jeden Vergleich bei weitem nicht aus, um das Leben führen zu können. Deshalb treten die Gewerkschaften auf den Plan, um Lohnverfestigungen für ihre Mitglieder bei den Arbeitgebern durchzusetzen, denn nur durch geschlossenes Zusammenstehen ist die Möglichkeit gegeben, das Einkommen den Ausgaben wenigstens zum größten Teil anzupassen.

mit der Gewerkschaftsbewegung vertraut macht. Diese Arbeiter brüchen sich von der Arbeiterschaft zu ihren zuständigen Organisationen, oder sie würden als Zwangsmitglieder, die zahlen müssen, weil sie als Mitglieder in den Verbänden befragt werden, nicht ernten kann.

So wird es nicht sein, es gibt es Mitglieder, die bei einer Erhöhung der Beiträge nicht zahlen und trotzdem. Sie leben nur in der Hoffnung, daß sie vergessen, daß der Hochbeitrag ein Stück ihrer Lebensgrundlage ist. Dabei ist in Erinnerung zu rufen, daß vor dem Kriege der Verbändebeitrag ein verhältnismäßig hoher war, denn er betrug durchwegs über einen Stundeneinkommen, so nicht selten zwei. Dabei ist in Berücksichtigung zu ziehen, daß vor dem Kriege die Erhöhung der Lohn- und Arbeitsbedingungen lange nicht den Umfang annahm, wie das heute der Fall ist, wo vierzehntägige Lohnabmachungen die Regel bilden.

So wird es nicht sein, es gibt es Mitglieder, die bei einer Erhöhung der Beiträge nicht zahlen und trotzdem. Sie leben nur in der Hoffnung, daß sie vergessen, daß der Hochbeitrag ein Stück ihrer Lebensgrundlage ist. Dabei ist in Erinnerung zu rufen, daß vor dem Kriege der Verbändebeitrag ein verhältnismäßig hoher war, denn er betrug durchwegs über einen Stundeneinkommen, so nicht selten zwei. Dabei ist in Berücksichtigung zu ziehen, daß vor dem Kriege die Erhöhung der Lohn- und Arbeitsbedingungen lange nicht den Umfang annahm, wie das heute der Fall ist, wo vierzehntägige Lohnabmachungen die Regel bilden.

Ein anderer Fall: Ein Kollege hat 17 Jahre lang dem Verbands angehört und seine Beiträge regelmäßig bezahlt, seit dem 1. Oktober 1922 jedoch nur Marken a 36 Mk. und in der zweiten und dritten Malwoche Marken a 50 Mk. gelebt. Am 24. Mai ist er verstorben und seine hinterbliebene Ehefrau hat nach den statistischen Bestimmungen und nach seiner Beitragsleistung 2160 Mk. an Sterbegeld zu bekommen. Der Kollege hat trotz seines Alters sicher mehr als pro Stunde 36 Mk. bis in die erste Malwoche verdient, jedoch geklaut, auch so seine Schuldigkeit gegenüber dem Verbands zu tun.

Wie aus der Nummer 2 unseres Verbandsorgans zu ersehen, sind im Jahre 1922 aus dem Verbands 160 496 Mitglieder ausgeschieden. Ein großer Teil der Ausgeschiedenen kehrt aber kurz oder lang wieder in die Organisation zurück, kann aber dann seine Rechte auf Unterstützung, die er bereits erworben hatte, durch den Wiedereintritt in den Verbands nicht wiedererhalten und muß nun die Wartezeiten zum Besage von Unterstützungen von neuem durchlaufen. Die Folge ist, daß beim Eintritt eines Unterstützungsfalles die höchsten Sätze von diesen Mitgliedern nur selten erreicht werden. Auch hier mag ein Beispiel aus den vielen Fällen mitgeteilt werden. Ein Kollege ist gestorben, nachdem er 102 Wochenbeiträge geleistet. Nach § 17 unseres Statuts müssen mindestens 104 Wochenbeiträge entrichtet sein; um Sterbegeld für die Hinterbliebenen gewahren zu können. Die Jahressumme, der das verstorbene Mitglied angehört, stellt nun den Antrag an den Hauptvorstand, trotz Nichtbezugberechtigung Sterbegeld zu gewahren. Der verstorbene Kollege hätte jedoch früher den Weg zur Organisation finden können. Der verspätete Eintritt schädigt nunmehr die Hinterbliebenen. Vielleicht war er auch bereits einmal Mitglied und hat leichtfertigerweise die Führung der Organisation verlassen.

Bei der großen Anzahl der Mitglieder unseres Verbandes, können Hunderte und Tausende von Fällen verzeichnet werden, die darauf, daß es im erteilten Interesse der Mitglieder selbst liegt, wenn sie einen Stundeneinkommen als Beitrag zahlen. Sie machen es dann so wie jener vorläufige Hausbesitzer, der sein Grundstück zur höchstmöglichen Summe versicherte, und als der Blitz einschlug und das Gebäude einstürzte, erhielt er eine Summe, die einen Neubau ermöglichte. Das Haus seines Nachbarn, das nur ganz niedrig versichert war, brannte ebenfalls ab. Der Nachbar erhielt nur wenige Mark, womit er nichts anfangen konnte, so daß er ein armer Mann geworden ist. Der kluge Mann baut vor, sagt ein Sprichwort, und das trifft auch auf das Gewerkschaftsleben zu. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo die endlose Schraube wieder ununterbrochen gedreht wird, wo aller Geldwert sich vermindert, muß darauf gesehen werden, daß auch die Beitragsleistung ständig dem Stundenlohn angepaßt wird. Dies ist notwendig, damit der Verbands seine Schlagkraft behält. Ferner liegt es im Interesse der Mitglieder, wie an den wenigen Beispielen nachgewiesen worden ist.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Die Seifenfabrikanten gegen Tarifverträge. In industriellen Kreisen gibt es Seitgenossen, die sich mit den neuen Verhältnissen durchaus nicht abfinden wollen. Das die Unternehmer auf der ganzen Linie gegen den Achtstundentag zu Felde ziehen, den Arbeitern keinen Urlaub gönnen und die „schematische“ Lohnhöhe, die die Tarifverträge vorschreiben, als Kain der Industrie bezeichnen, ist bekannt. Die Seifenindustriellen Schlesiens tun sich aber in dieser Beziehung ganz besonders hervor. Durch einen Anruf in der „Zeitschrift der deutschen Öl- und Fett-Industrie“ vom 24. August 1922 haben einige Seifenfabrikanten in Niederschlesien die Seifenfabrikanten Deutschlands zum Zusammenschluß aufgefordert, um gegen die Tarifpolitik des Arbeitgeberverbandes der Seifenindustrie Stellung zu nehmen. Sie betonen, daß der Arbeitgeberbund versucht, die Seifenfabrikanten für diese Organisation mit Schlagworten einzufangen, indem derselbe in seinen Aufzügen darauf hinweist, daß nur in einem geschlossenen Arbeitgeberverband der Einfluß der Seifenindustrie gesichert werden kann, weil ohne geschlossene Arbeitgeberorganisation eine Vertretung im Reichswirtschaftsministerium ausgeschlossen ist und die Seifenfabrikanten demnächst zwangsweise dem Tarif der chemischen Industrie mit seinen hohen Löhnen angeschlossen werden. Der neue Verband bezwecke unter der Führung der Herren Lindemann in Görlitz, Rummel in Jauer und Roger in Liegnitz die Bekämpfung des ver-

bindlich erklärten Reichsrahmentarifs und der Lohnarbeit für die Seifenindustrie und erstrecke den Abschluß von Lohnverträgen auf drücklicher bzw. betrüblicher Grundlage. In einem zweiten Artikel vom 14. September 1922 werden diese Forderungen noch einmal unterstrichen und angeführt, daß auch der schlesische Arbeitgeberverband der Seifenindustrie bekämpft werden muß, weil auch er mit dem Fabrikarbeiterverband im Tarifvertragsverhältnis stehe.

Der Arbeitgeberverband der Seifenindustrie hat in derselben Nummer der Zeitschrift darauf erwidert, daß diese Schwarzmacher in der Seifenindustrie gegen Windmühlenflügel kämpfen, denn der Arbeitgeberverband der Seifenindustrie Deutschlands wolle keinen Tarifvertrag mit dem Fabrikarbeiterverband schließen, sondern kommt als Träger eines seit länger Zeit bestehenden und verbindlich erklärten Tarifvertrages in Betracht. Dem verbindlich erklärten Tarifvertrag können sich auch die unorganisierten oder im Niederschlesischen Verband zusammengefaßten Arbeitgeber nicht entziehen.

In der neuesten Nummer der genannten Zeitschrift vom 24. Mai 1923 kommen die niederschlesischen Arbeitgeber wieder auf diese Sachen zurück und verweisen dabei auf ihre Veröffentlichungen im Jahre 1922. Sie betonen, daß ihr Vorgehen außerordentliche Erfolge gebracht habe, indem namentlich auch der Arbeitgeberverband des Verbandes schlesischer Seifenfabrikanten, Sig. Breslau, davon überzeugt worden sei, daß die zentralen Lohnregelungen zum Ruin der Seifenindustrie führen müssen, und sich dem Niederschlesischen Verband angeschlossen haben, so daß jetzt die ganze schlesische Seifenindustrie im Verbande schlesischer Seifenfabrikanten zusammengeschlossen ist. Seine wichtigste Aufgabe erblickt dieser Verband in der Bekämpfung der zentralen Lohnregelung und in der Zufuhrbringung des Manteltarifs.

Wir hätten von diesem Erguß mißgewordener Geister ebensowenig wie früher Notiz genommen, wenn nicht der Schlusssatz des Artikels, der ebenso wie die früheren außerhalb der redaktionellen Verantwortung der Zeitschrift unter der Rubrik „Sprechsaal“ erschienen ist, es verdiente, weiteren Kreisen bekannt zu werden, und deshalb hier Platz finden soll. Die Anstiftung hat folgenden Wortlaut:

„Die zentrale Lohnregelung ist ein wesentlicher Schritt zur Vernichtung des deutschen Mittelstandes, dem die deutsche Seifenindustrie ihrer überwiegenen Mehrheit nach angehört. Im Mittelstande finden der Arbeiter, der kleine Bauer, deren Kinder den Weg durch Arbeit und Intelligenz sich zu besseren Lebensbedingungen und zu höheren Lebensstellungen aufzuarbeiten. Durch den Mittelstand wird neues, gesundes Blut dem Volksganzen zugeführt. Entartete Ideen, die in der kritischsten Zeit des deutschen Volkes die Revolution anzuehen ließen und unseren Todfeinden unsere Schiffe und Waffen anlieferten, stehen in diesem wunderbaren Volksaufbau ein Grenel; russische Zustände, wo Verbrecher über Verführte regieren, deren Ideal die zentrale Lohnregelung ist, sind der Weg zu solchen Zielen. Möge daher die Bekämpfung der schematischen Zentrale Lohnregelung weiter Fortschritte machen.“

Unterzeichnet ist dieser Erguß einer schönen Rede K. in L. Wir gehen wohl nicht fehl, als Verfasser Reger in Liegnitz zu suchen. Des näheren auf dieses einzugehen, würde nur eine Abschmähung der Proteske bedeuten. Wir wollen aber nicht unterlassen, in Erinnerung zu bringen, daß während der Kriegswirtschaft die Seifenindustrie stark eingeschränkt und die Produktion bestimmten Betrieben nach Art und Qualität der Produkte unter besonderen Vorschriften übertragen war. Die Preise waren so gesetzt, daß die produzierenden Seifenfabriken dabei ihr Auskommen fanden und die stillgelegten Fabriken nach einem bestimmten Schlüssel aus den Preisverträgen der Seifenindustrie entschädigt wurden. Die Konsumenten der schlechten Kriegseife — die von gewissenlosen Fabrikanten zum Teil noch verfälscht wurde — mußten beim Erwerb der unvergeßlichen Kriegseife Preise zahlen, womit die Besitzer stillgelegter Seifenfabriken während und nach der Kriegszeit unterhalten wurden und die zum Teil davon ein Parasitenleben führten. Es zeugt von geistigem Leiffand, wenn angesichts dieser Tatsachen heute den Gewerkschaften vorgeworfen wird, daß sie mit der Tarifpolitik der Seifenindustrie den Lebensfaden abschneiden, während in Wirklichkeit die Löhne in der Seifenindustrie den Arbeitern kaum die Friftung des nackten Lebens gestatten. Vielleicht wäre sogar das Ergebnis außerordentlich interessant, wenn festgestellt würde, wie viele unter den Seifenfabrikanten, die im schlesischen Verband zusammengeschlossen sind und die Tarifträger des Fabrikarbeiterverbandes als Verbrecher zu bezeichnen wagen, sich während und nach der Kriegszeit nicht nur von den Verbrauchern der Kriegseife ernähren ließen, sondern sich schließlich noch als Schieber und Devisenspekulanten betätigten und als Vampire des Volkes betrachtet werden können.

Die deutsche Erdölproduktion im Jahre 1922.

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ berichtet über den Umfang der deutschen Erdölgewinnung: Im Rahmen der Erdölproduktion der Welt spielt die deutsche Erdölgewinnung nur eine sehr geringe Rolle. Sie betrug im Jahre 1922 nach dem vorläufigen Ergebnis 45 044 Tonnen, das sind nur 0,04 v. H. der Weltproduktion. Der Verlust Elfaß-Lothringens bedeutet, gemessen an der Produktion von 1913, eine Verringerung von rund 50 000 Tonnen (41 v. H.). Aber auch von diesem Verlust abgesehen ist gegenüber dem Frieden ein Produktionsrückgang festzustellen, der bereits in den letzten Friedensjahren infolge der geringen Ertragsfähigkeit der Erdölvorkommen einsetzte. Die Produktionssteigerung des Jahres 1922 gegenüber den beiden Vorjahren ist vor allem auf erfolgreiche Bohrungen in der Provinz Hannover, dem wichtigsten Erdölbezirk Deutschlands, zurückzuführen. Die Einfuhr an Erdöl und Erdölprodukten nach Deutschland brachte im Jahre 1922 wieder eine für manche Arten nicht unerhebliche Steigerung. Die aus Steinkohle, Braunkohle und Schiefer gewonnenen Öle konnten das Erdöl für bestimmte Zwecke und im vollen Umfange nicht verdrängen.

Die Erdölgewinnung betrug in 1000 Tonnen:

Jahr	Altes Gebiet	Ohne Elfaß-Lothringen	Altes Gebiet	Ohne Elfaß-Lothringen
1908	140,9	—	1916	92,7
1909	137,4	—	1917	90,8
1910	139,9	—	1918	—
1911	137,0	—	1919	—
1912	135,6	—	1920	—
1913	121,9	71,4	1921	—
1914	110,8	61,3	1922	45,0
1915	98,3	56,1	Vorläufiges Ergebnis	

Industrie der Steine und Erden

Die wirtschaftliche Not der Baustoffindustrie. Die Reichsarbeitsgemeinschaft Steine und Erden, die durch amtliche Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Steine und Erden gebildet wird, hat in einer Eingabe sich an den Reichstag und den Vorläufigen Reichsregierungsrat gewendet, in der um schnelle Hilfe der zuständigen Stellen zur Behebung der gegenwärtigen Krise in der Baustoffindustrie nachgesucht wird. Die Eingabe weist an Hand von eingehendem statistischen Material nach, in welcher katastrophalen Weise teils seit Herbst vorigen Jahres, teils seit Beginn dieses Jahres die Baustoffindustrie zum Stillstand gekommen ist. In der Eingabe werden im einzelnen die Gründe dargelegt, die zu der Absatzkrise geführt haben. Der wichtigste Grund ist der Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet gewesen, der nicht nur die direkte Wirkung der Stilllegung der Baustoffbetriebe in den besetzten Gebieten zur Folge hatte, sondern auch indirekt die Absatzkrise im nicht besetzten Gebiet in einschlagender Weise beeinflusst hat. Durch die Stagnation der deutschen Wirtschaft im Februar und März ist der diesjährige Beginn der Baustation vollkommen ausgefallen, und darunter werden die Baustoffindustrien und das Baugewerbe voraussichtlich das ganze Jahr hindurch zu leiden haben, selbst wenn die mittlerweile wieder einsetzende weitere Geldentwertung eine Anregung zur Investierung von Kapitalien in Bauten für alle Bauindustrien geben sollte. Im besonderen Maße hat zur Abbrofflung der Baustoffindustrie auch die außerordentlich hohe Frachtlast der Baustoffe mit beigetragen. Da aus eigenen Stücken die Baustoffindustrie im Jahre 1922 sich voraussichtlich nicht mehr beleben wird, und da andererseits das Baugewesen in unserer Volkswirtschaft schon um deswillen eine ganz besondere Rolle einnimmt, weil etwa 1/5 der Bevölkerung in dem Baugewesen Brot und Nahrung findet und weil gerade hier in besonderer Maße ein Feld für produktive Arbeitslosenfürsorge gegeben ist, wird in der Eingabe verlangt, daß von den zuständigen Stellen sofort in entsprechendem Maße Mittel zur Verfügung gestellt werden, um öffentliche Bauten in Angriff zu nehmen, die in größerem Umfange die Beschäftigung auch von ungelernen Arbeitskräften ermöglichen.

In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß nicht nur die Förderung des Wohnungsbaues erforderlich ist, sondern auch die Inangriffnahme von großen öffentlichen Bauten aller Art, Verkehrsbaute, Wasserbauten, Kraftwerke und dergleichen, da hier in besonderer Maße auch ungelernete Arbeitskräfte Beschäftigung finden können. In der Eingabe wird verlangt, daß die zuständigen Stellen mit ihren Hilfeleistungen sofort beginnen, da andernfalls zu befürchten ist, daß das Baugewesen vollkommen zum Erliegen kommt, was wiederum mit Rücksicht auf die Wechselwirkung, in der das Baugewesen zur gesamten deutschen Produktion steht, die verhängnisvollsten Folgen für die gesamte deutsche Wirtschaft haben müßte.

Eine neue Organisation der Arbeitgeber in der Ziegel-Industrie.

Am 17. Mai wurde in Dresden der Verband Deutscher Dachziegel-Fabrikanten, G. m. b. H., gegründet, in dem jetzt fast alle deutschen Dachziegel-fabrikanten vereinigt sind. Die neue Organisation ist die Umbildung einer bisher bestehenden Organisation. Die Zahl der Mitgliedsfirmen der neuen Organisation beträgt gegenwärtig 200. In der Dachziegel-Industrie gibt es zur Zeit also recht wenig Außenseiter. Die neu geschaffene Organisation ist befreit, die letzten Außenseiter nach für den großen Gedanken ihrer Organisation zu gewinnen. Die Aufgabe des Verbandes ist, die Interessen der gesamten Dachziegel-Industrie gegenüber den Behörden zu vertreten sowie in der Ausfuhr und Preisfrage entscheidend mitzuwirken. Der Verband hat das Bestreben, die gesamte Dachziegel-Industrie zu kontrollieren.

Also, Kolleginnen und Kollegen in der Dachziegel-Industrie, bringt ihr auch den letzten Mann in unsere Organisation. Keine Zersplitterung! Auch bei uns muß dem organisierten Unternehmertum eine einheitliche Kampffront unsererseits entgegengestellt werden.

Ziegler, wahr eine Organisation!

Bei fast allen Lohnverhandlungen kann man aus dem Munde der Arbeitgeber hören, daß sie stets besträbt sind, den Arbeitern das zu kommen zu lassen, was sie dringend benötigen, um eine zureichende Arbeiterschaft zu haben. Leider ist davon sehr wenig zu hören. Besonders in letzter Zeit, wo alle Bedarfsartikel von Tag zu Tag teurer werden, bleiben die Löhne immer weiter zurück, so daß von einem Entgegenkommen gar keine Rede sein kann. Dieses haben wir auch bei den zuletzt stattgehabten Lohnverhandlungen für die Ziegel-Industrie des Bezirks Jena beobachtet. Nachdem die Verhandlungen eröffnet und der Vertreter der Arbeitnehmer eine der Forderungen entsprechende Forderung gestellt hatte, künnten die Herren Zieglerbeisitzer ihr altes Angewohnen, wie Unrechtfertigkeit des Betriebes, schlechtes Abgabegeld, niedrige Steinpreise, hohe Löhne u. m. Den Herren scheint die Löhne aus anderen Gegenden des Reiches nicht bekannt zu sein, oder sie wollen es einfach nicht wissen, daß z. B. in der westlichen Hälfte des Reiches im Rheinland 2200 Mk. in Westfalen 2000 Mk. in Schleswig-Holstein 1970 Mk. in Bayern 1600 Mk. im Freistaat Sachsen 2100 Mk. u. m. bezahlt werden. Dagegen erhalten im Jenaer Ziegelgebiet die Ziegler in der zweiten Hälfte des Monats Mai nur 1000 Mk. Die Forderung der Arbeitnehmer wurde abgelehnt mit den kurzen Worten: wenn die Forderung eine Verhandlungsmöglichkeit bieten sollte, so müßte diese erst auf ein erschöpfendes Maß herabgesetzt werden. Nach langem Hin- und Her wurde ein

ganz lächerlich kleiner Prozentsatz geboten, und dieses nur unter der Bedingung, daß die angebotene Lohnsteigerung nur diejenigen erhalten sollen, die am Tage des Tarifabschlusses noch im Betriebe tätig sind. Weiter sollte die Erhöhung der Löhne von der Einführung der 8-Stunden-Woche abhängig gemacht werden. Solches Anstehen mußte natürlich abgelehnt werden, da unserer Auffassung nach das Risiko auf die Brust gesetzt werden sollte. Das anfangs erwählte angebotene Gehälte der Zieglerbeisitzer an das Wohl der Arbeiterschaft in die Tat umzusetzen, erscheint den Herren unmöglich, sobald das Wort Lohnsteigerung hörbar wird. Wie sollen aber die Ziegler, deren Beruf bestimmt nicht der letzte ist: nennen sie, fast gemacht werden? Doch nicht etwa mit den schönen Worten, die die Herren Arbeitgeber bei den Verhandlungen herumwerfen.

In der kürzlich vorgenommenen Verhandlung wurden uns ganze 30 Prozent angeboten. In einer Zeit, wo die notwendigsten Lebensmittel, die man zum Leben unbedingt haben muß, um das Doppelte und mehr gestiegen sind und wo für andere Bezirke, wo bereits Abschlüsse zustande gekommen sind, 70 Prozent und noch mehr bewilligt wurden. Von unseren Verhandlungspartnern ist im guten alles versucht worden, aber alles Neben-half nichts. Es prallte ab an dem starren Sinn der Herren Zieglerbeisitzer. Und sagten sie wörtlich, daß sie selbst vor einem Streik keine Angst hätten; das Wort Angst wäre ihnen gänzlich unbekannt. Vielleicht ließe sich zu einer anderen Zeit, wenn die Konjunktur eine bessere ist als gegenwärtig, noch einmal über Lohnsteigerung reden.

Deshalb, Kollegen in der Ziegel-Industrie, setzt dafür, daß auch der letzte Ziegler unserer Organisation zugeführt wird, in der unsere Interessen gewahrt werden. Gestaltet die Organisation aus zu einem Bollwerk, um gegen alle kommenden Kämpfe gewappnet zu sein und um unseren Führern eine stärkere Rückendeckung bei den Verhandlungen zu geben. Ein dankbarer Ziegler.

Gewinnung und Absatz von Kalk im Jahre 1922.

Nach „Wirtschaft und Statistik“ (Heft 10 1923), die sich auf Angaben des Deutschen Kalkbundes stützt, sind in Deutschland im Jahre 1922 rund 10,2 Millionen Tonnen Kalkstein zur Kalkgewinnung getödet worden. Hiervon wurden rund 2,4 Millionen Tonnen als Kalkstein verhandelt, die übrigen wurden in den Kalkwerken verarbeitet.

Es wurden hergestellt (in 1000 Tonnen):

Produkt	1921	1922
Gebrannter Kalk	4048	4354
Davon Weichkalk in Stücken	2630	2800
Sonst. Stückenkalk	805	777
Gemahl. gebr. Kalk	613	777

Zußerdem wurden noch erzeugt (in 1000 Tonnen):

Produkt	1921	1922
Einfachkalk	143	161
Kalkmergel	694	680
Gemahl. Rohkalk	116	115

An der Erzeugung waren durchschnittlich 633 Werke mit 25 000 Arbeitern beteiligt. Nach Angaben, die sich auf die gleichen Quellen beziehen, betrug die durchschnittliche Zahl der Betriebe, die 1921 an der Produktion beteiligt waren, 634 und die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter 28 000. Gegenüber dem Vorjahre hat sich die Zahl der produzierenden Betriebe fast gar nicht verändert, die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter um 8,7 Prozent vermehrt. Die Gesamtproduktion ist annähernd in dem gleichen Ausmaße gestiegen. Die Erzeugung erklärt sich aus dem starken Absatz an das Baugewerbe und an jene Industrien, für die Kalk ein wichtiger Roh- und Hilfsstoff ist. Trotz der erfreulichen Produktionssteigerung 1922 bleibt die Gesamtzeugung 1922 immer noch wesentlich hinter der des Jahres 1913 zurück. Gegenüber der Gesamtzeugung von 1913, die auf 6,5 Millionen Tonnen geschätzt und bei voller Ausnutzung der technischen Produktionsmöglichkeiten eine Steigerung auf 9 bis 10 Millionen Tonnen gebrannten Kalkes erfahren konnte, ist die Gesamtzeugung von 1922 um ein Drittel niedriger und umfaßt nur annähernd 40 bis 45 Prozent der vollen Leistungsfähigkeit der deutschen Kalkindustrie.

Der Absatz von Kalk war wieder sehr lebhaft, so daß fast die gesamte Produktion dem Verbrauch zugeführt werden konnte. Die abgesetzten Mengen wurden fast reiflos im Inlande verbrannt. In das Ausland erfolgten nur unbedeutende Lieferungen nach Holland, Dänemark und der Tschechoslowakei.

Auf die Verbraucherguppen verteilt sich der Gesamtabsatz im Jahre 1922 wie folgt:

Verbrauchergruppe	Gebrannter Kalk (Tonnen)	Stückkalk (Tonnen)	Kalkmergel (Tonnen)	Gemahl. Kalk (Tonnen)	Rohkalk (Tonnen)
Baugewerbe	1 867 626	—	—	—	249 421
Glas- und Stoffwerte	936 137	154 919	—	—	1 766 837
Landwirtschaft	544 543	—	556 618	56 559	—
Kalksteinbetriebe	339 043	—	30	—	—
Chemische Industrie	315 142	—	—	—	123 638
Zuckerfabriken	7 568	—	—	—	198 390
Kalksteinbetriebe	197 082	—	—	—	5 234
Schwammsteinbetriebe	126 524	—	—	—	—
Sonstige Abnehmer	11 073	752	21 621	51 772	46 786
Ausfuhr	39 628	11 336	2 500	2 838	769
Gesamt	4 334 411	167 007	630 936	111 167	2 330 367

Ein Rückgang des Verbrauchs an gebranntem Kalk gegenüber dem Jahre 1921 ist erfolgt in der Landwirtschaft, die allein nur 126 876 Tonnen weniger abgenommen hat. Auch die Zuckerindustrie weist einen kleinen Rückgang auf. Eine starke Steigerung des Kalkverbrauchs ist erfolgt in der chemischen Industrie, Glas- und Stahl-Industrie, im Baugewerbe u. m. In der Kalksteinbetriebe-Industrie ist der Verbrauch nur um 2 Prozent gestiegen; er ist infolge der Brennstoffnot noch recht unbedeutend und entspricht noch längst nicht der Ausnutzungsmöglichkeiten dieser Werke.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Lage in der Margarine-Industrie. In der Margarine-Industrie herrscht gegenwärtig bis zu einem gewissen Grade Hochkonjunktur. Bestellungen laufen reichlich ein, so daß mancher Betrieb gar nicht so viel schaffen kann, wie von ihm verlangt wird. Für die Arbeiterschaft sind in dieser Zeit Überstunden und Sonntagsarbeit an der Tagesordnung. Das Merkwürdige aber ist, daß die Arbeiterschaft über diesen Zustand am allerwenigsten froh werden kann.

Die Margarine-Industrie hängt heute mehr als in früheren Jahren von den volutarischen Schwankungen ab. Der Krieg und seine Folgen haben es mit sich gebracht, daß heute fast nur noch pflanzliche Fette zu Margarine verarbeitet werden, während früher ein erheblicher Teil tierischer Fette zur Verarbeitung kam. Die Pflanzenfette aber, die wir zur Margarine-Herstellung gebrauchen, kommen zum allergrößten Teil aus dem Ausland.

Die Margarine-Industrie ist also beim Einkauf ihrer Rohstoffe mehr als jeder andere Industriezweig von der Auslandswährung abhängig. Seit langer Zeit kann man daher beobachten, daß unsere Margarine-Industrie beim Sinken unseres Marktwertes Hochkonjunktur hat, trotzdem die Industrie mit ihren Preisen

schnell in die Höhe geht. Dieser Zustand ist nur so zu erklären, daß der Handel und auch andere Kreise sich beim Sinken des Marktwertes reichlich mit Margarine eindecken, weil sie mit weiteren Preissteigerungen rechnen, bei denen sie Sondergewinne zu machen hoffen. In einem solchen Zustande befinden wir uns gegenwärtig, die Fabriken haben vollauf zu tun. Die Arbeiterschaft der Margarine-Industrie aber weiß, daß dieser „Valutakonzunktur“ recht bald die Krise auf dem Fuße folgt, die für sie Kurzarbeit, Feiertagen usw. mit sich bringt.

Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß beim Eintreten einer Stabilisierung oder sogar bei einem auch nur vorübergehenden Steigen unserer Marktsicher eine Krise in der Margarine-Industrie folgt. Mit dem Steigen der Marktsicher tritt naturgemäß auch ein Stillstand oder ein Rückgang bei den Margarinepreisen ein, und jeder trachtet nun danach, seinen vorhandenen Vorrat erst noch zu möglichst hohen Preisen an den Mann zu bringen. Die Folge davon ist Absatzstockung und Arbeitseinschränkung in der Margarine-Industrie.

Daß die Konsumenten auf diese Weise immer die beste Ware erhalten, kann nicht behauptet werden. Im Gegenteil, bei jeder Krise ist festzustellen, daß viel „abgelagerte“ Margarine angeboten wird, die sich wohl noch zur Seifenfabrikation eignet, nicht aber zur menschlichen Ernährung. Zur Hebung des Absatzes trägt das aber auch nicht bei, im Gegenteil, so manche Marke, die im frischen Zustande durchaus gut ist, kommt dadurch in einen schlechten Ruf, wenn sie im verdorbenen Zustande verkauft wird.

Bei allen eintretenden Krisen haben wir immer feststellen können, daß gerade die großen Konzernbetriebe mit Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit am ersten bei der Hand sind, während kleinere Betriebe, die doch nicht so kapitalkräftig sind, ihre Arbeiter noch einige Zeit zu halten versuchen. Gerade den großen Konzernen müßte es aber infolge ihrer Kapitalkraft viel eher möglich sein, der Arbeiterschaft mehr entgegenzukommen.

Aber auch bei den Konzernen wird die Arbeiterschaft in diesem Punkte nicht gleichmäßig behandelt. Es soll anerkannt werden, daß einige Konzernbetriebe ihrer Arbeiterschaft bei Betriebseinschränkungen in entgegenkommender Weise mindestens eine Zeilang den Lohnausfall ganz oder zum Teil ersetzen, während andere Konzernbetriebe die Arbeiter rücksichtslos auf die Straße setzen. Derartige Krisen hat die Arbeiterschaft im letzten Jahre wiederholt über sich ergehen lassen müssen. Eine der schwersten Krisen machten wir gegen Ende des vorigen Jahres durch. Wir haben versucht, durch Umfrage die Wirkung der Krise bezüglich Betriebseinschränkungen und dergleichen festzustellen. Die Umfrage ergibt für das letzte Vierteljahr im vergangenen Jahr folgendes Bild:

Erfaßt sind	Betriebe	Beschäftigte
Wegen Betriebseinschränkung wurden entlassen	73	12 851
Kurzarbeit wurde geleistet in	43	1 124
Von der Kurzarbeit nicht betroffenen	33	7 539
Von der Betriebseinschränkung warben in Mitleidenschaft gezogen	33	4 922
Lohnausfall wurde gezahlt in	11	5 515 Beteiligte
Lohnausfall wurde nicht gezahlt in	22	mit 2 761 Beteiligte
		mit 2 754 Beteiligte

Aus obiger Zusammenstellung geht hervor, daß von den 76 erfaßten Betrieben 43 Betriebe mit 7339 Beschäftigten von Betriebseinschränkungen betroffen wurden. Bei der Betriebseinschränkung wurden indes nur 5515 Beteiligte in Mitleidenschaft gezogen, da verschiedene Abteilungen auch während der Einschränkung voll arbeiten.

Die Dauer der Betriebseinschränkung war sehr verschieden. Während 3 B. 4 Betriebe nur 1 Woche beschränkt arbeiteten, dauerte die beschränkte Arbeitszeit in 5 Betrieben 7 Wochen, in 2 Betrieben 12 Wochen und in 2 Betrieben sogar 13 Wochen. Das gleiche bunte Bild ergibt sich bei der Frage über die zu leistende Stundenzahl in der Woche. 19 Betriebe arbeiteten 6 Tage in der Woche, davon einige 7 Stunden, andere 6 Stunden und wieder andere nur 4 Stunden pro Tag. Andere Betriebe arbeiteten wiederum nur 4 oder 5 Tage in der Woche voll.

Zusammengefaßt ergeben diese Zahlen ein trübseliges Bild über die unsichere wirtschaftliche Lage unserer Kollegenchaft in der Margarine-Industrie im letzten Vierteljahr des verflohenen Jahres. Die übrige Zeit im Jahre war nicht viel besser. Handelt es sich bei den 1124 Entlassenen auch zum Teil um vorübergehend Beschäftigte und 1/2 Tausend Beschäftigte von der Kurzarbeit betroffen. Das ist weit über ein Drittel der erfaßten Belegschaft. Dabei wird aber fortgesetzt behauptet, der Margarinearbeiter habe dauernde Beschäftigung. Die Ursache dieser Unsicherheit ist zum größten Teile dem Umstand zuzuschreiben, daß die Margarine ein Spekulationsmittel geworden ist, den man bei steigenden Preisen einhäufelt, um mit ihm Gewinne zu machen. Trifft dann ein Preisstillstand ein, dann muß die eingehäufelte Ware erst abgesetzt werden. Die Leidtragenden dieses Zustandes sind die Arbeiter dieser Industrie.

Die Margarine-Industrie wird in ihrer Macht von zwei großen Konzernen beherrscht. Sollte es diesen Konzernen nicht möglich sein, ihren Absatzapparat mehr auf den Bedarf einzustellen? Bei anderen Gelegenheiten ist der Öffentlichkeit oft gesagt worden, die Kartellierung habe den Zweck, die Industrie mehr auf den Bedarf einzustellen. Warum greift man in diesem Industriezweig nicht zu diesem Mittel? Warum stellt man die Industrie hier nicht zu Zeiten der Hochkonjunktur mehr auf den Bedarf ein?

Durch ihre Generalvertretungen, die die Konzerne an fast allen Orten haben, dürfte es nicht allzu schwierig sein, eine Kontrolle über den laufenden Bedarf der Bevölkerung dieser Orte zu erhalten. Hier müßte der Verbrauch gemacht werden. Man sollte dazu übergehen, in Zeiten der Hochkonjunktur nicht jedes beliebige Quantum zu liefern, sondern man sollte Erfahrungen, die im Laufe der Jahre gesammelt sind, ausnutzen. Aber hierzu läßt es die leidige Konkurrenz nicht kommen. Die freien Betriebe versuchen den Konzernen die Kundschaft abzutreiben und umgekehrt. Der Konsument erhält dadurch oft verdorbene Ware, die Arbeiterschaft ist in diesem wilden Konkurrenzkampf in ihrem Haushalt den größten Schwankungen unterworfen. Den Nachteil in diesem Konkurrenzkampf haben zum größten Teil immer die kleinen freien Betriebe.

Die Industrie hat nun die Möglichkeit, durch ihre Preisbildung zu Zeiten guter Konjunktur für schlechte Zeiten vorzusorgen. Der Arbeiterschaft ist dieses bei den bestehenden Löhnen und bei den sich überschneidenden Leuerungsverhältnissen nicht möglich. Sie ist daher der Hauptleidtragende in diesem wilden Durcheinander. Glaubt sie, nach einer Zeit stabiler Beschäftigung ihren Haushalt so leidlich ins Gleichgewicht gebracht zu haben, dann steht schon wieder eine Krise mit ihren Begleiterscheinungen ein und wirft alles über den Haufen. Ständige Beunruhigung in den Haushaltungen ist die Folge. Wann werden in diesem Industriezweig wieder stabile Verhältnisse einkehren, wie wir sie vor dem Kriege hatten und ist die Industrie bereit, Mittel und Wege zu suchen, um diese stabilen Verhältnisse mit herbeizuführen? Daß dieses nicht mit einem Male erreicht werden kann, leuchtet ein. Der F-rang sollte aber endlich dazu gemacht werden.

Auch im neuen Jahre haben wir bereits wieder eine Krise hinter uns, die wohl ebenso schlimm, wenn nicht noch schlimmer war, als die im Herbst gegen Ende des vorigen Jahres, sie ist soeben überwunden. Trifft die Industrie Maßnahmen, der nächsten Krise vorzubeugen? E. S.

Internationale Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftskonzentration in England.

Ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der Organisierung der englischen Arbeiterbewegung stellt der neueste Zusammenschluß auf dem Gebiete der ungelerten Arbeit dar; drei große Verbände — die „National Union of General Workers“, die „Municipal Employers Association“ (Kommunalarbeiter) und die „National Amalgamated Union of Labour“ — haben sich zu einer einzigen Gewerkschaft verschmolzen, deren Mitgliederbestand sich auf eine halbe Million beziffern läßt. Die Verschmelzung wurde mit außerordentlich großer Stimmenerregung beschlossen (230 000 gegen 14 000). — Auf größere Schwierigkeiten stoßen dagegen die Konzentrationsbestrebungen in der Metallindustrie. Auf die Einigungskonferenz der Metallarbeiterverbände hatten nur 29 Verbände (von 35) ihre Vertreter geschickt; die Frage ist einer Kommission übertragen worden. Auch die vereinigte Sitzung der Vertreter der 17 Regilarbeiterverbände hat noch zu keinem praktischen Abschluß geführt. Als vollständig gescheitert erscheint bis auf weiteres die Vereinigung zwischen dem Transportarbeiterverband und dem Eisenbahnerverband infolge der Abgabe der letzten annähernd 100 000 Mitglieder der Eisenbahner zum neuen, neuorganisierten Transportarbeiterverband. Überhaupt ist die englische Transportarbeitergewerkschaft zur Zeit ziemlich stark zerstückelt, da einerseits die Seelen- und Heizer die Transportarbeiter verlassen, andererseits fast zwei Drittel der Federationsmitglieder sich dem neugegründeten Verband der Verkehrs- und ungelerten Arbeiter (Transport- und General Workers Union) angeschlossen haben. Im Schoße der Federation bleiben noch 13 Verbände mit 78 000 Arbeitern; sechs davon erfassen „reine Transportarbeiter“ und werden, wie jetzt beabsichtigt wird, in eine einzige Gewerkschaft vereinigt werden. Wir hätten dann in England drei größere Zentren des Verkehrsproletariats: den Eisenbahnerverband, den Transportarbeiterverband und den Verband der Transport- und ungelerten Arbeiter.

Die Arbeiterbewegung in Mexiko.

Eine sehr ausführliche Studie von L. R. Marones und J. H. Restinger im letzten Heft der Zeitschrift „Internationale Gewerkschaftsbewegung“ berichtet über die Arbeiterbewegung in Mexiko, eine Bewegung, welche die Teilnahme der europäischen Arbeiterschaft im höchsten Grade verdient. Aus der Schilderung der Vorgänge, die im Endergebnis zur Erkämpfung der politischen und sozialen Rechte der Arbeiterschaft führten, geht hervor, daß in gewissen geschichtlichen Perioden die Arbeiterbewegung in erster Linie eine politische ist und die rein gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit den Unternehmern und dem Kapital erst dann in Angriff genommen werden kann, wenn zuvor die politische Freiheit erkämpft wurden. Im letzten Jahrzehnt gab es in Mexiko eine Anzahl von politischen Revolutionen, welche ihren Ursprung nicht von Seiten der Arbeiterschaft nahmen, die aber schließlich — mit der einzigen Ausnahme der Gegenrevolution von Huerta — sich auf die Arbeiterschaft stützten. So brachte auch eine jede stehhafte Revolution neue Erwerbungsformen für die Arbeiterklasse; die nur durch eine kurze Periode der Gegenrevolution und des weichen Regimes von Huerta unterbrochen wurde. Die bereits im Jahre 1917 angenommene Verfassung, welche unter der Präsidentschaft von Carranza entstand, gewährte den Arbeitern die weitestgehenden politischen Freiheiten und enthielt Verfügungen auf sozialem Gebiet, die vielfach weiter gehen als die fortgeschrittensten sozialen Verfügungen Europas oder Australiens. Daher würden wir das Zustandekommen dieser Verfassung, deren wichtigste Punkte in dem erwähnten Aufsatz mitgeteilt werden, empfehlen. In Bezug auf den Arbeitsvertrag, die Tarifverträge, Minderlohn, das Streikrecht, die Entlassung der Arbeiter, die Lohnbestimmungen, Sozialsicherungen, hygienische Einrichtungen in den Betrieben usw. enthält die Verfassung höchst beachtenswerte Verfügungen. Die wichtigste Rolle bei der politischen Umwälzung spielt die Frage der Bodenverteilung. Man muß sich vor Augen halten, daß Mexiko immerhin ein Agrarland und nur sehr unbedeutender Teil gewissermaßen industrialisiert ist. Die realsten sozialen Einrichtungen sind Verfassungen konnien jedoch unter dem schmerzlichen Regime Carranzas nicht durchgeführt werden, und daher haben die Gewerkschaften und die politische Arbeiterpartei an jener Stelle dem gegenwärtigen Präsidenten Obregon zur Macht verholfen, der die Durchführung der Reformen mit energischer Hand und von sozialem Geist erfüllt in Angriff genommen hat.

Seit 1919 besteht ein mächtiger Gewerkschaftsbund, der im Frühjahr 1922 bereits 200 Gewerkschaften und Vereinigungen mit mehr als einer halben Million Mitglieder umfaßte. In der Erkämpfung der politischen und sozialen Rechte hatte der Vorgänger des Gewerkschaftsbundes, „Casa del Obrero Mexicano“, große Verdienste geleistet; dieser Verband wurde zur Gründung der neuen nationalen Organisation. Die größten der angeschlossenen Organisationen sind der Verband der Eisenbahner und der Bergarbeiterverband. Die weltanschauliche Orientierung der Gewerkschaftsbewegung ist nicht ganz klar und eindeutig; ein Anzeichen an irgendeiner internationalen Föderation hat noch nicht festgestellt werden können. Der amerikanische Arbeitsschutz, der, nach

seinem Präsidenten E. Compers zu urteilen, eine sehr gemäßigtere Politik befolgen dürfte. Die radikalen Elemente sind jedoch gleichfalls stark in der Gewerkschaftsbewegung vertreten. Der Zustand der Arbeiterpresse ist sehr erfreulich; es gibt 20 periodische Zeitchriften für die Arbeiterschaft, und seit einiger Zeit erscheint auch eine politische Tageszeitung der Arbeiter. Während des vergangenen Jahres wurden in den industriellen Zentren Mexikos ungefähr 400 Volksbibliotheken gegründet.

Kundschau.

Stinnes kauft die öffentliche Meinung.

Unter diesem Titel registrieren wir folgende Pressenachricht: Der Allgewaltige im Reichsverband der Industrie, Herr Stinnes, hat die „Frankfurter Nachrichten“ für 300 Millionen Mark erworben. Von Frankfurt aus beabsichtigt er jetzt ganz Süd- und Mitteldeutschland mit Presseerzeugnissen zu besetzen. Selbstverständlich geschieht das im Sinne der Schwerindustrie. Sein Plan geht dahin, daß die „Frankfurter Nachrichten“-Druckerei schon in aller Kürze 25 bis 30 Neu-Zeitungen (Kopfzeitungen) herstellt, die Süd- und Mitteldeutschland überschwemmen. Kopfblätter (gemeinsame politische Teile und nur verschiedene Lokalteile) des „Frankfurter Stinnes-Blattes“ bestehen schon in Heidelberg und Fulda. Ohne Zweifel läßt sich Stinnes nicht von dem Gedanken leiten, große Gewinne zu erzielen, die heute an sich bei einem Zeitungsunternehmen ausgeschlossen sind. Er weiß, daß die öffentliche Meinung heute eine Macht ist, und um diese Macht in seinem Sinne wirken zu lassen, kauft er Zeitungen auf und gründet neue usw.

Die Arbeiterschaft sollte in eigenem Interesse erkennen, daß diesem Machttreiben nur entgegengearbeitet werden kann durch eifrige Agitation für ihre eigene Presse.

Die Not der Erwerbslosen.

Die Unterstützungssätze für Erwerbslose sind zuletzt mit Wirkung vom 1. Mai an erhöht worden. Heute sind sie aber bereits wieder entwertet. Die durchbare Preissteigerung hat besonders die Massenkonsumartikel wie Brot, Kartoffeln, Margarine erfasst. Ganz zu schweigen von Fleisch, das ohnehin kaum auf den Tisch der Arbeitslosen kommen wird. Es darf niemanden, am wenigsten die Regierung verwundern, wenn dumpfe Verzweiflung die Massen der Arbeitslosen packt und sie nur zu leicht zum Werkzeug gewissenloser Propagandisten macht. Können diese den Arbeitslosen auch nur die Möglichkeit einer gewalttätigen Lösung vorkaukeln, wissend, daß dieses Gaukelspiel elendester Betrug ist, so bereitet ihnen die Not der Massen doch den Boden für ihre Putschtaktik. Es muß den Arbeitslosen geholfen werden; einmal durch vermehrte Notstandsarbeiten zu erträglichen Löhnen, und weiter durch Erhöhung der Unterstützungssätze. Der Vorstand des IOWB hat sich erneut in diesem Sinne an die Reichsregierung gewandt und verlangt, daß schnellstens die Unterstützungssätze entsprechend den Leuerungsverhältnissen ausgebaut werden. Eine Neuregelung steht bevor, aber sie muß auch so ausfallen, daß sie wirklich befriedigen kann.

Französische Propaganda im besetzten Gebiet.

Die Bemühungen der Franzosen und Belgier, bei den Bewohnern des besetzten Gebietes eine der Loslösung von Deutschland günstige Stimmung zu erzeugen, sind zwar zur Erfolglosigkeit verurteilt, sie werden aber mit großem Eifer und mit ebenso großer Rücksichtslosigkeit fortgesetzt. Auch die postalischen Sendungen der deutschen Gewerkschaftszeitungen, die in das besetzte Gebiet gehen, werden für diese Propaganda mißbraucht. Die Postsendungen werden unrechtmäßigerweise geöffnet und den einzelnen Zeitungsnummern in deutscher Sprache abgefaßt und den feindlichen Flugblätter beigelegt. Diese unanständige Methode will bei den Empfängern der Gewerkschaftszeitungen den Eindruck erwecken, als stammten jene Blätter von ihren Verbänden. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften im besetzten Gebiet sind gewarnt, um den Zusammenhang zu erkennen. Die Empfänger dieses Propagandamaterials verwenden es in angemessener Weise. Diese hinterhältige Methode der Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist ein würdiges Seitenstück zu dem Versuch, die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftspresse gewaltsam mundtot zu machen. Siehe Verbot des „Proletariats“, der „Bergarbeiter-Zeitung“, Zensur der „Metallarbeiter-Zeitung“.

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das erste Quartal haben eingelaufen:

- Gau 4. Dramburg, Schwann, Stralsund.
- Gau 10. Stranbing, Marienstein.
- Gau 12. Sobernheim, Ludwigshafen, Kalkeslantern.

Von Donnerstag, den 31. Mai, an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Gau 1. Stadtdendorf 2 000 000, —. Detsold 1 000 000, —. Northem 150 000, —. Alzen 250 000, —. Sögel 330 000, —. Alfeld 500 000, —. Einbeck 1 000 000, —. Gr.-Häselingen 300 000, —. Gr.-Rhöden 1 000 000, —. Lachendorf 220 000, —. Osnabrück 5200, —. Münden 100 000, — und 600 000, —.
- Gau 2. Bitterfeld 8 000 000, —. Neuhaldensleben 75 000, —. Mühlberg 150 000, —. Obersleben 700 000, —. Seebaußen 100 000, —. Schwanebeck 600 000, —. Alzen 1 300 000, —. Halle 2 200 000, —. Genthin 1 000 000, —. Kalbe 1 500 000, —. Königs-Lutter 900 000, —.
- Gau 3. Schneidemühl 400 000, —. Nendamm 500 000, —. Groß-Besten 700 000, —. Rheinsberg 180 000, —. Zehdenick 2 200 000, —. Eberswalde 1 000 000, —. Frankfurt 1 000 000, —.
- Gau 4. Jägnick 28 265, —. Friedland 540 000, —. Rostock 600 000, —. Pyritz 500 000, —. Woldegk 100 000, —. Anklam 800 000, —. Köslin 800 000, —.
- Gau 5. Königsberg 1 100 000, —. Allenstein 10 000, —.
- Gau 6. Oberhausen 3 000 000, —. Wigan 10 600, —. Habelschwerdt 500 000, —. Sagan 410 000, —.
- Gau 7. Großenhain 1 000 000, —. Banßen 360 000, —. Geilshain 500 000, —. Wabheim 3 000 000, —. Freiberg 5 000 000, —. Meißen 1600, —. Großsch 500 000, —. Heidenau 1700, —. Meißen 3 000 000, — und 3 000 000, —. Großenhain 250 000, —. Rössen 1 700 000, —.
- Gau 8. Ohrdruf 800 000, —. Blankenau 1 034 000, —. Eilenach 261 320, —. Schraplau 300 000, —. Rensdorf 150 000, —. Heiligenstadt 8511, —. Weimar 1012, —. Zriebes 600 000, —. Naumburg 500 000, —.
- Gau 9. Schwabach 400 000, —.
- Gau 10. Brunnmühl 500 000, —. Reichertshofen 125 000, —. Marienstein 400 000, —. Gmund 400 000, —. Lützen 120 000, —. Geisenhausen 1600, —. Freilung 260 000, —.
- Gau 11. Ulm 1 000 000, —. Gerabronn 200 000, —. Entringen 100 000, —. Sord 31 600, —. Randern 400 000, —. Seidenheim 2100, —.
- Gau 12. Hochpeter 451 571, — und 250 000, —. Ladenburg 1 000 000, —. Ludwigshafen 3 595 257, —.
- Gau 13. Höchst 4 000 000, —.
- Gau 14. Gsch 768 051, —.
- Gau 15. Hirschberg 1 000 000, —. Franzshüttelkoog 1 500 000, —. Radeburg 150 000, —. Reibitz 3340, —. Hamburg 1 000 000, —. Bremen 7 000 000, —. Harburg 15 000 000, —.
- Gau 16. Lützen 79 968, —. Düsseldorf 2 000 000, —. Reubachau 2 000 000, —.

Schlus: Mittwoch, den 6. Juni 1923.

E. Köstler, Kassierer.

Zahistelle Braunschweig.

Die ungeschriebene Stelle ist besetzt. Allen Gewerbern bitten wir, die Drucksachen zu